



**An die  
Mülheimer Medien**

04.09.2018



**Haushalt 2019: So noch nicht entscheidungsreif!**

Nach einer ersten Beratungs runde zum vorgelegten Entwurf für den städtischen Haushalt 2019 kritisiert die CDU-Fraktion, dass „in Wirklichkeit noch kein entscheidungsreifer“ Haushalt vorliegt, so die CDU-Fraktionsvorsitzende Christina Küsters und der finanzpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Heinz Borchardt, in einer ersten Reaktion.

Deshalb hat die CDU-Fraktion jetzt für den Finanzausschuss beantragt, dass der Stadtkämmerer Frank Mendack „schnellstmöglich“ einen konkreten Vorschlag für einen genehmigungsfähigen Haushalt 2019 erarbeitet und dem Rat der Stadt vorlegt.

Die CDU-Fraktion drängt insbesondere auf eine Konkretisierung des neuen HSP-Vorschlages Nr. 144. In diesem wird zwar für zusammengefasste Einzelmaßnahmen (zusätzliche Erhöhung der Grundsteuer B und der KiTa-Gebühren, Änderung des Personalschlüssels im Bereich Offene Ganztagschule (OGS), Stellenreduzierungen, ÖPNV und Rückkauf Rathaus vom SWB) ein Konsolidierungsbetrag ab 2020 bis 2023 in Höhe von 15 Mio. € (2020) ansteigend bis 34 Mio. € (2023) beziffert. „Aber es fehlen in Teilen die nötigen Daten und Zahlen. Und es gibt keinen konkreten Vorschlag der Stadtspitze, in welchem Umfang welche der vorgeschlagenen Einzelmaßnahmen favorisiert und vorgeschlagen werden. Das ist nicht ausreichend für eine seriöse Etat-Diskussion im Rat, in den Fraktionen

und im interfraktionellen Arbeitskreis „Haushalt“. Das hätten wir vom Stadtkämmerer eigentlich erwartet.“, meinen Christina Küsters und Heinz Borchardt.

Die CDU-Fraktion fordert angesichts **der großen Herausforderungen** für Rat und Verwaltung, einen genehmigungsfähigen Haushalt 2019 hinzubekommen, dazu auf, alle Kräfte zu bündeln. Dazu gehört auch, alle verfügbare externe Beratungskompetenz bei den Etat-Beratungen frühestmöglich heranzuziehen. Deshalb hat die CDU-Fraktion auch beantragt, so Küsters und Borchardt, dass die Stadtspitze umgehend die präsidiale und fachliche Unterstützung der Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) NRW für den interfraktionellen Arbeitskreis „Haushalt“ anfordert. Denn diese wird von der GPA NRW im Übrigen kostenfrei jeder Stärkungspaktkommune (wie Mülheim an der Ruhr) angeboten, **was der Stadtspitze bekannt sein sollte.**

F.d.R.  
Hansgeorg Schiemer  
-Fraktionsgeschäftsführer-